

*Christoph Butterwegge*

## **Finanzmarktkrise, Armut und rechtsextreme Politik**

Durch die Globalisierung bzw. die damit verbundene neoliberale Modernisierung und die Vermarktlichung fast aller Lebensbereiche hat sich der Rechtsextremismus tiefgreifend verändert. Auch von der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bleibt er keineswegs unberührt. Seine strategischen Handlungsmöglichkeiten und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unterliegen vielmehr erheblichen Wandlungen, selbst wenn Arbeitslosigkeit und Armut nicht stärker als bisher zu Massenerscheinungen avancieren.

Fragt man nach der Zukunft von Rechtsextremismus bzw. Neofaschismus, so ist zwischen exogenen und endogenen Einflussfaktoren zu unterscheiden. Um die Entstehungsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten des Rechtsextremismus beurteilen zu können, muss die Analyse seiner Rahmenbedingungen auf drei Untersuchungsebenen ansetzen: der ökonomischen, der sozialen und der politischen. Hier wird für ein Erklärungsmodell plädiert, das von der Konkurrenz als entscheidender Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems ausgeht, dadurch (mit) bedingte Veränderungen bzw. Verschlechterungen des sozialen Klimas jedoch genauso berücksichtigt wie die Traditionsbestände der politischen Kultur in Deutschland (vgl. Butterwegge 2002, S. 100 ff.).

Der organisierte Rechtsextremismus ist freilich nicht bloß von ökonomischen, politischen und sozialen Determinanten abhängig, die er kaum zu beeinflussen vermag, sein Erfolg bzw. Misserfolg hängt vielmehr auch davon ab, ob er über geeignete Funktionäre verfügt, ob diese öffentlichkeitswirksame Themen

aufgreifen und ob ihre Strategie und Taktik der jeweiligen Situation entsprechen. Programmatik, Personal und Parteiorganisation des Rechtsextremismus entscheiden letztlich darüber, ob er aus ökonomischen Krisen, gesellschaftlichen Umbruchsituationen oder sozialen Verwerfungen resultierende Chancen nutzen und an Macht bzw. Einfluss zulegen kann. Schließlich führen sogar Massenarbeitslosigkeit und wachsende Armut keineswegs automatisch zu (mehr) Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt.

Um erklären zu können, weshalb der Rechtsextremismus trotz fortbestehender Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Armut in der gegenwärtigen Situation, die sogar mit der Weltwirtschaftskrise 1929/32 verglichen wird, keine dem Aufstieg der NS-Bewegung vergleichbaren Erfolge verzeichnet, muss man seine Organisationsgeschichte nachzeichnen und seine innere Verfasstheit analysieren. Zwar schafft die Weltwirtschaftskrise günstige Ausgangsbedingungen für den Rechtsextremismus, dieser profitiert davon bisher allerdings kaum, weil er sich ausgerechnet jetzt in einer personellen, programmatischen und parteiorganisatorischen Krise befindet. Während die exogenen Faktoren einen Wiederaufschwung des Rechtsextremismus zu begünstigen scheinen, verhindern ihn die endogenen Faktoren derzeit offenbar eher.

### **Massenarbeitslosigkeit und -armut im Gefolge der Finanzmarktkrise**

Armut, in den meisten Regionen vor allem der „Dritten“ und „Vierten“ Welt schon immer traurige Alltagsnormalität, hält seit geraumer Zeit auch Einzug in Wohlfahrtsstaaten wie die Bundesrepublik Deutschland, wo sie zumindest als *Massenerscheinung* lange weitgehend unbekannt war. Die in der wohlhabenden,

wenn nicht reichen Bundesrepublik tendenziell wachsende Armut wird jedoch nicht konsequent bekämpft, sondern von den meisten Politiker(inne)n, Publizist(inn)en und Wissenschaftler(inne)n noch immer geleugnet, verharmlost und verschleiert (vgl. Butterwegge 2011).

Seit die Bankenkrise mit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 globale Dimensionen angenommen hat, deutet vieles darauf hin, dass sich die soziale Zerklüftung unserer Gesellschaft erheblich verschärfen wird. Man muss kein Prophet sein, um voraussagen zu können, dass mit der Arbeitslosigkeit auch die Armut im Gefolge der Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise weltweit zunehmen wird. Mancherlei ökonomische Anzeichen deuten darauf hin, dass die Armutsrisiken für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen hierzulande in nächster Zeit steigen. Arbeitslose haben besonders dann wenig Geld, wenn die sozialen Sicherungssysteme durch „Spar-“ bzw. Reformmaßnahmen demontiert werden. Lohndumping fällt in Krisenzeiten leichter, sodass künftig noch mehr Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohntsektor angesiedelt sein dürften. Zu den fatalen Folgen der Weltfinanzwirtschaftskrise könnten eine wieder steigende Arbeitslosigkeit, die zunehmende Verelendung von Millionen Menschen, eine dramatische Verschuldung aller Gebietskörperschaften des Staates, d.h. „öffentliche Armut“ in einem vorher nicht bekannten Ausmaß gehören. Gleichzeitig wird sich der Reichtum wahrscheinlich noch stärker bei wenigen Kapitalmagnaten, Finanzinvestoren, Investmentbankern und Großgrundbesitzern sammeln, wenn dem nicht entgegensteuert wird.

Während die das Krisendebakel wesentlich mit verursachenden Hasardeure und Spekulanten mittels des beim Bund angesiedelten „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin) aufgefangen werden, müssen die Mittelschicht, Arbeitslose und Arme

jene Suppe, die Banker und Börsianer der gesamten Bevölkerung eingebrockt haben, vermutlich einmal mehr auslöffeln. Wenn die privaten Banken den für sie bürgenden Staat zur Kasse bitten, wird für sozial Benachteiligte und Bedürftige kaum noch Geld übrig bleiben. Zusammen mit der im *Grundgesetz* verankerten „Schuldenbremse“ führen Bürgschaften und Kredite in Milliardenhöhe zu überstrapazierten Haushalten, wodurch sich Maßnahmen wie das am 6./7. Juni 2010 von CDU, CSU und FDP im Bundeskanzleramt geschnürte „Sparpaket“ natürlich eher als sonst legitimieren lassen.

Kürzungen im Sozialbereich bieten sich für die Bundesregierung deshalb an, weil die Macht der Wohlfahrtsverbände auf diesem Politikfeld gering ist und hier noch genug Haushaltsmittel zur Disposition stehen. Aufgrund der sich abzeichnenden harten Verteilungskämpfe um die knappen Finanzmittel des Staates dürfte das soziale Klima hierzulande erheblich rauer werden. Bereits seit geraumer Zeit mehren sich die Anzeichen für eine „härtere Gangart“ gegenüber den Armen. Symptomatisch scheinen zwei Vorgänge zu sein, die sich im Frühjahr 2009 ereigneten: Am 27. März 2009 lehnte der Bundestag mit den Stimmen von CDU, CSU und SPD einen Antrag der LINKEN ab, Arbeitsuchenden und Menschen mit Behinderungen die „Umwelt-“ bzw. Abwrackprämie in Höhe von 2.500 EUR für die Verschrottung eines Altautos beim Kauf eines Neu- bzw. Jahreswagens nach dem „Konjunkturpaket II“ nicht auf die Grundsicherung bzw. die Eingliederungshilfe anzurechnen. Wie am selben Tag von der Stadt Göttingen bestätigt wurde, hatte ein Mitarbeiter des dortigen Sozialamtes einen Leistungsempfänger zu Jahresbeginn zwei Mal beim Betteln in der Fußgängerzone beobachtet und das in einer Blechbüchse gesammelte Geld (6 plus 1,40 = 7,40 EUR) nachgezählt, woraufhin die Behörde den genannten Betrag auf 120 EUR im Monat hochrechnete und seine Transferleistungen um diese Summe kürzte. Nach

einem negativen Presseecho und einer Intervention des Oberbürgermeisters änderte das Sozialamt zwar seine restriktive Haltung, es ist aber damit zu rechnen, dass sich der Umgang mit sozial Benachteiligten, vornehmlich mit „aggressiven Bettlern“ und „Asozialen“ in nächster Zeit verhärten wird.

Mit der US-Amerikanisierung des Sozialstaates geht vermutlich nicht nur eine US-Amerikanisierung der Sozialstruktur (Polarisierung von Arm und Reich sowie Pauperisierung großer Teile der Bevölkerung und Prekarisierung der Lohnarbeit), sondern auch eine US-Amerikanisierung der (sozial)politischen Kultur einher. Über die ganze Gesellschaft mit Ausnahme ihres eigentlichen Schlüsselbereichs, der Wirtschaftssphäre, erstreckt sich demnächst womöglich eine „Kultur der Kontrolle“ (David Garland). Gesellschaftspolitisch bedeutet die Schwerpunktverlagerung von der Wohlfahrtsproduktion zur Regulation der Risikopopulation per Überwachung und Bestrafung, dass sich ein rigides Armutsregime etabliert.

Während so getan wird, als habe die Regierung das Problem der kollabierenden Finanz- und Arbeitsmärkte im Griff, breitet sich die soziale Unsicherheit aus, worauf der Staat mit einem Ausbau seines Repressionsapparates reagieren könnte. Zwischen dem Schwinden der staatlichen Autorität im ökonomischen Bereich, die im Gefolge der Finanzmarktkrise nunmehr erst wieder mühselig rekonstruiert werden muss, und ihrer Stärkung im Hinblick auf die Durchsetzung einer bestimmten Sozial- und Moralordnung besteht nur scheinbar ein Widerspruch. Auch in der Bundesrepublik scheint sich die gesellschaftliche Akzeptanz von Armut und sozialer Ausgrenzung während der letzten beiden Jahrzehnte erhöht zu haben, während die Akzeptanz der Armen selbst aufgrund des sich ausbreitenden Wohlstandschauvinismus, Sozialdarwinismus und Standortnationalismus (vgl. die Sarrazin-Debatte) zurückgeht.

## **Folgen der Weltwirtschaftskrise für die Demokratie: Rechtsextremisten als Krisengewinnler?**

Die wachsende Armut wird die politische Agenda der Bundesrepublik im Gefolge der Weltfinanzwirtschaftskrise 2008/09 vermutlich stärker als je zuvor in ihrer über 60-jährigen Geschichte bestimmen. Dadurch verändern sich auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und verbessern sich die strategischen Handlungsmöglichkeiten des Rechtsextremismus. Massenarbeitslosigkeit und -armut, die zu den unvermeidlichen Begleiterscheinungen einer tiefen Erschütterung der Weltwirtschaft gehören, schaffen politisch-ideologische Zugänge zum Rechtsextremismus bzw. -populismus. Ohne historische Parallelen überstrapazieren und durch den Blick zurück die aktuelle Krisensituation dramatisieren zu wollen, denkt man unwillkürlich an die Weltwirtschaftskrise gegen Ende der 1920er-/Anfang der 1930er-Jahre. Damals leiteten Börsenzusammenbrüche und auf eine scheinbare Normalisierung bzw. Konjunkturerholung folgende Bankpleiten international den Niedergang von Unternehmen und riesige Entlassungswellen ein, die Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau sowie Not und Elend großer Bevölkerungskreise nach sich zogen, bevor der NSDAP und ihrem „Führer“ Adolf Hitler am 30. Januar 1933 die Machtübernahme gelang. Der schnelle Aufstieg des Nationalsozialismus wäre ohne diese spezifischen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen kaum möglich gewesen.

Ähnlich groß ist die Gefahr für die Demokratie, wenn der Sozialstaat erneut durch eine Weltwirtschaftskrise und einen drastischen Beschäftigungseinbruch unter Druck gerät. Nie gestaltet sich der geistig-politische Nährboden für Rechtsextremisten günstiger, als wenn diese auf die „Juden von der amerikanischen Ostküste“ verweisen und vom sozialen Abstieg bedrohten Gesellschaftsschichten geeignete Sündenböcke präsentieren

können. Wenn sich bei der ohnehin erodierenden Mittelschicht die Furcht ausbreitet, in den von der Finanzkrise erzeugten Abwärtssog hineingezogen zu werden, sind irrationale Reaktionen und politische Rechtstendenzen mehr als wahrscheinlich. Davon könnte wiederum ein Signal an die Eliten ausgehen, das bestehende Gesellschaftssystem durch autoritäre Herrschaftsformen zu konsolidieren. Sofern das parlamentarische Repräsentativsystem in einer solchen Umbruchsituation scheinbar blockiert und durch seine Hilflosigkeit gegenüber Krisenerscheinungen der Ökonomie diskreditiert ist und die Politik der etablierten Parteien als durch mächtige Lobbygruppen korrumpiert gilt, haben rechts-extreme bzw. -populistische Gruppierungen relativ gute Chancen, sowohl mehr Stimmen bei Wahlen als bisher wie auch eine größere außerparlamentarische Mobilisierungsfähigkeit und eine höhere Durchschlagskraft zu gewinnen. Umso notwendiger sind die Aufklärung der Öffentlichkeit über Hintergründe des Armutproblems sowie eine Mobilisierung gegen die aktuellen Tendenzen zur Pauperisierung, sozialen Polarisierung und Prekariisierung.

Zuletzt hat sich der Rechtsextremismus modernisiert und ausdifferenziert, wobei er sowohl auf die Veränderung der für ihn entscheidenden Wirkungsbedingungen reagiert als auch zunehmend Anleihen beim Zeitgeist macht, den man als neoliberal bezeichnen kann (vgl. Butterwegge/Lösch/Ptak 2007 und 2008). Die extreme Rechte zerfällt hierzulande in vier Grundströmungen, von denen zwei antiglobalistisch bzw. -modernistisch und zwei eher wirtschaftsliberal orientiert sind:

1. Die deutschnational bzw. völkisch-traditionalistisch orientierten Gruppierungen bisher mit der DVU an ihrer Spitze wenden sich bei Wahlen primär an die Verlierer/innen der neoliberalen Modernisierung, reaktivieren in einer Mischung

aus Nostalgie und sozialer Demagogie die Erinnerungen der Großvätergeneration an die glanzvolle Vergangenheit der Nation, beschwören die ruhmreichen Siege der Nazi-Wehrmacht sowie den Heldenmut des deutschen Frontsoldaten in beiden Weltkriegen und propagieren Vaterlandsliebe, Heimat-verbundenheit und Traditionspflege, womit sie ihrer überalterten Klientel angesichts der Herausforderung durch die Globalisierung ein Gefühl sozialer „Nestwärme“, Sicherheit und Geborgenheit in der (Volks-)Gemeinschaft zu vermitteln suchen.

2. Gefährlicher ist der nationalrevolutionäre bzw. -sozialistisch orientierte Flügel, repräsentiert von den Jungen Nationaldemokraten (JN), ihrer Mutterpartei, der NPD, und den meisten Neonazis der „freien“ Kameradschaftsszene. Er verbindet das völkische Ideologieelement stärker mit einer Fundamentalkritik am bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, ohne dass der Kapitalismus als solcher verdammt wird, rückt die soziale Frage noch mehr in den Mittelpunkt, bekämpft die Demontage des Wohlfahrtsstaates durch die „Altparteien“ im Bundestag und sucht die jugendliche Subkultur durch Übernahme szenetypischer Symbole, Musikstile und Kleidung im Sinne von Rechtsextremismus als Event (vgl. Glaser/Pfeiffer 2007) an sich zu binden. Man bemüht sich jedoch nicht bloß um eine kommunalpolitische Basis und die „Faschisierung der ostdeutschen Provinz“, wie es Toralf Staud (2005, S. 11) nennt, sondern sucht durch zahlreiche Demonstrationen und Aufsehen erregende Kampagnen wie die „Aktion Schulhof“, bei der flächendeckend CDs mit rechtsextremen Liedtexten verteilt wurden, auch im Westen stärker als bisher Fuß zu fassen.

3. Von untergeordneter Bedeutung sind derzeit die REPublikaner als Vertreter jener Richtungsgruppierung im ultrarechten Spektrum, die „moderner“ erscheint, weil sie mehrheitlich viel eher dem Mainstream entspricht, den Protektionismus und sozialen Paternalismus des Nationalsozialismus überwunden und sich gegenüber dem Wirtschaftsliberalismus geöffnet hat. Dass auch der Bund Freier Bürger (BFB), die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) von Ronald Barnabas Schill und die Deutsche Partei (DP) wie viele andere rechtsextreme Splittergruppen vor ihnen gescheitert sind, bedeutet nicht, dass solche Organisationen für immer chancenlos wären. Perspektivisch droht Gefahr weniger von einer Wiederbelebung völkischer Mystik durch Neonazis, die sich auf dem Ober-salzberg treffen, zum Kyffhäuser pilgern oder ins oberfränkische Wunsiedel wallfahrten, wo der „Hitler-Stellvertreter“ Rudolf Heß begraben liegt, als von Kräften, die das Konzept der „Standortsicherung“ vertreten und sich der (heimlichen) Unterstützung mächtiger Wirtschaftskreise erfreuen.
  
4. Die als „Bürgerbewegungen“ firmierenden Gruppierungen wie Pro Köln, Pro NRW und Pro Deutschland sind rechtsextrem und -populistisch gleichzeitig (vgl. Butterwege/Hentges 2008; Häusler 2008). Sie geben sich zwar seriös und bürgerlich-demokratisch, hetzen jedoch gegen ethnische und religiöse Minderheiten wie Muslime und veranstalten „Anti-Islam-Kongresse“. Man nutzt den in der politischen und medialen Öffentlichkeit geschürten Sozialneid gegenüber noch Ärmeren – in diesem Fall: den angeblich „faulen“ bzw. „arbeits-scheuen“ Erwerbslosen und Sozialhilfeempfänger(inne)n –, um von den eigentlichen Verursachern der sich vertiefenden Kluft im Land abzulenken. Außerdem fungiert der Dualismus von „Volk“, „Bevölkerung“ bzw. „mündigen Bürgern“ und „Elite“,

„Staatsbürokratie“ bzw. „politischer Klasse“ als Dreh- und Angelpunkt der Agitation und Propaganda, ohne dass der Rechtspopulismus besonders militante Züge aufweist und Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele anwendet oder androht.

Ungefähr seit der Jahrtausendwende verzeichnet die NPD einen organisatorischen und politischen Wiederaufstieg, durch den sie erneut zur Leitpartei des deutschen Rechtsextremismus avanciert ist, nachdem sie fast schon in der Bedeutungslosigkeit versunken zu sein schien. Durch das am 18. März 2003 verkündete, formalrechtlich begründete Scheitern des Verbotsverfahrens gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht (vgl. Flemming 2005) hat die vorübergehend schwankend und geschwächt wirkende Partei eine demokratische Scheinlegitimität gewonnen, die ihre Funktionäre als politischen Freibrief missbrauchen.

Nach dem Konzept einer „Drei-“ bzw. „Vier-Säulen-Strategie“, für das der Parteivorsitzende Udo Voigt (1999) steht, werden folgende Handlungsfelder besetzt: Mit dem „Kampf um die Straße“ sollen junge Menschen für die NPD mobilisiert, mit dem „Kampf um die Köpfe“ politisch-ideologische Positionen durch innerparteiliche Schulungsarbeit gefestigt, durch Errichtung eines Bildungszentrums verbreitet und durch Agitation im Massenbewusstsein verankert sowie mit dem „Kampf um die Wähler/Parlamente“ auch institutionelle Machtbastionen erobert werden. Ergänzt wurde das Mehrphasenmodell durch den „Kampf um den organisierten Willen“, womit die Bündelung vormals zerstreuter Kräfte des organisierten Rechtsextremismus unter Einbeziehung offen neonazistischer „Freier Kameradschaften“ gemeint ist (vgl. Brandstetter 2006).

Gegen Ende des 20./Anfang des 21. Jahrhunderts rückte die völkische Kapitalismuskritik wieder stärker in das Blickfeld der Rechtsextremisten, was sich in einem Strategiewechsel von

Gruppierungen wie der NPD und einer thematischen Schwerpunktverschiebung von der „Ausländer-“ zur „sozialen Frage“ niederschlug. Freilich hat die *soziale* Frage, mit der sich die Not von Millionen Erwerbslosen, Niedriglöhner(inne)n und armen Familien verbindet, im rechtsextremen Politikmodell keinen Eigenwert; sie ist der *nationalen* Frage, verstanden als Auftrag zur Bildung einer „Volksgemeinschaft“, vielmehr total untergeordnet. Ginge es nach der NPD, würden die Deutschen nach diesem historischen Vorbild heute eine „Schutz- und Schicksalsgemeinschaft“ bilden, um in deren Schoß den Stürmen der ökonomischen Globalisierung standhalten zu können.

Auch die von Neonazis wie dem Hamburger Millionenerben Christian Worch angemeldeten Demonstrationen griffen das Problem der Massenarbeitslosigkeit und der Armut davon Betroffener nunmehr verstärkt auf. „Dies geschah einerseits durch Aufmärsche, die in mehreren Städten parallel am 1. Mai organisiert wurden, andererseits durch Aufmärsche gegen ‚Globalisierung‘ sowie im Kontext der Proteste gegen Hartz IV.“ (Virchow 2006, S. 78 f.) Der soziale Klimawandel, für den Hartz IV als berühmt-berühmter Höhepunkt der rot-grünen Reformpolitik steht, die CDU/CSU und SPD in der Großen Koalition eher noch verschärft fortführten (vgl. Butterwege 2006, S. 184 ff. und 301 ff.), hat die Wirkungsmöglichkeiten für Rechtsextremisten verbessert. Wut und Verzweiflung unter den davon Betroffenen erleichterten es beispielsweise örtlichen Gliederungen der NPD, sich im Vorfeld der Beschlussfassung über Hartz IV an Montagsdemonstrationen in Ostdeutschland zu beteiligen (vgl. Maegerle 2006, S. 16 ff.), und die wachsende Verunsicherung von Langzeitarbeitslosen erlaubte es ihnen, Funktionäre als „Sozialberater“ einzusetzen.

Auf dem Höhepunkt der Protestbewegung gegen Hartz IV hatte die NPD bei der sächsischen Landtagswahl am 19. September 2004 mit 9,2 Prozent der Stimmen zwar fast genauso

viele Stimmen wie die SPD und zwölf Mandate erhalten (vgl. Steglich 2005). Sie machte im Parlament allerdings – anders als im Wahlkampf versprochen – keine Politik für sozial Benachteiligte, Langzeitarbeitslose und Modernisierungsverlierer. Vielmehr schildert der Journalist Toralf Staud (2005, S. 116), dass sich die Partei monatelang nicht mehr um „ihr“ Erfolgsthema kümmerte und ihre Abgeordneten in den Fachausschüssen dazu schwiegen: „Keinen einzigen Antrag zum Thema brachte die NPD zustande, und für drei kleine Anfragen brauchte sie ein halbes Jahr – sie bezeugten dann auch noch Inkompetenz, weil darin Fachbegriffe verwechselt wurden“ (ebd., S. 117). Statt mit Hartz IV und seinen Folgen beschäftigte sich die sächsische NPD-Landtagsfraktion lieber mit dem 60. Jahrestag der Zerstörung Dresdens durch alliierte Kampfflugzeuge, die Jürgen W. Gansel, eines ihrer Mitglieder, als „Bomben-Holocaust“ bezeichnete. Kerstin Köditz (vgl. Köditz 2009) bescheinigt der NPD zwar Lernfähigkeit und zunehmendes Engagement auf der kommunalen Ebene, eine dauerhafte Wählerbindung vermochte aber selbst der mitgliederstarke, als eher ideologisch gemäßigt und pragmatisch geltende sächsische Landesverband nicht zu gewährleisten.

Am 15. Januar 2005 schlossen NPD und DVU einen „Deutschland-Pakt“, in dem sie genau festlegten, welche der beiden Parteien bis 2009 bei welcher Wahl antritt. Vermieden werden sollte durch den Verzicht der jeweils anderen auf eine separate Kandidatur, dass man sich gegenseitig die Stimmen wegnimmt. Gedacht war an eine „Volksfront von rechts“, die auch unorganisierte Neonazis und Kooperationswillige aus der gewaltbereiten Kameradschaftsszene mit einschloss. Historisch stand dabei offenbar die Harzburger Front, in der sich am 11. Oktober 1931 Nationalsozialisten, Deutschnationale und „Stahlhelm“-Mitglieder zum Sturm auf die Weimarer Republik rüsteten, Pate. Im Unterschied zu damals hielt das Bündnis nicht lange: Bei der Landtagswahl in Thüringen

am 30. August 2009 kandidierte die NPD statt – wie vorgesehen – die DVU, und bei der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September 2009 wie auch bei der Bundestagswahl am selben Tag kandidierten beide Parteien erneut gegeneinander. Danach bewegte man sich wieder aufeinander zu, und sowohl innerhalb der NPD als auch innerhalb der DVU mehrten sich die Rufe nach einer Fusion beider Parteien, die zum Jahreswechsel 2011/11 vollzogen wurde.

Obwohl die extreme Rechte in mehreren Ländern Ost- wie Westeuropas derzeit bemerkenswerte Mobilisierungs- und Wahlerfolge verzeichnet (vgl. Vogel 2009), tritt der organisierte Rechtsextremismus hierzulande eher auf der Stelle. Neben gewissen Stagnationserscheinungen gibt es auch politische Rückschläge, wie die sächsische Landtagswahl am 30. August 2009 beispielhaft zeigte, als sich die NPD trotz ihrer guten personellen Verankerung vor Ort und ihrer kommunalpolitischen Aktivitäten selbst in ihrer regionalen Hochburg nur knapp behaupten konnte.

Wie ist die Tatsache zu erklären, dass der organisierte Rechtsextremismus trotz einer globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die viele Menschen verunsichert und das deutsche Regierungs- und Parteiensystem auf eine harte Bewährungsprobe stellt, bisher nicht erstarbt? Das organisatorische Potenzial, die personellen Ressourcen und der programmatische Ideenreichtum des Rechtsextremismus halten bei weitem nicht mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die ihn auf absehbare Zeit eher beflügeln dürften, Schritt: der globalen Wirtschaftskrise, den sich daraus ergebenden sozialen Verwerfungen und den autoritären Krisenlösungen begünstigenden Traditionslinien der politischen Kultur. Personelle, programmatische und parteiorganisatorische Schwächen des Rechtsextremismus hindern ihn daran, die für ihn günstige Labilität der kapitalistischen Wirtschaft auszunutzen.

Dies gilt besonders für die NPD als parteipolitische Führungskraft des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik: Da sie aufgrund der Untreue ihres früheren Schatzmeisters und Voigt-Vertrauten Erwin Kemna, einer Spendenaffaire und falschen Angaben im Rechenschaftsbericht sowie hoher Rückzahlungsforderungen der Bundestagsverwaltung an Wahlkampfkostenerstattung, die dadurch ausgelöst wurden, selbst in einer tiefen Finanzkrise steckt, gelang es ihr bisher so gut wie überhaupt nicht, Kapital aus der globalen Finanzkrise zu schlagen, und noch weniger, glaubwürdig öffentlich darzulegen, welche gesellschaftspolitischen Alternativen dazu sie vertritt. Rabiät ausgetragene Richtungskämpfe, persönliche Intrigen und offene Zerwürfnisse innerhalb des kleinen Führungskaders, die bis zu einer Kampfkandidatur zwischen Voigt und Udo Pastörs, dem Fraktionschef im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, um den Parteivorsitz eskalierten, lähmen die NPD ausgerechnet zu einer für sie extrem günstigen Zeit sozialökonomischer Krisenhaftigkeit.

## Literatur

- Brandstetter, Marc 2006: Die vier Säulen der NPD, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9, S. 1029–1031.
- Butterwegge, Christoph 2002: *Rechtsextremismus*, Freiburg i. Br./Basel/Wien.
- Butterwegge, Christoph 2006: *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 3. Aufl., Wiesbaden.
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf 2007: *Kritik des Neoliberalismus*, Wiesbaden.
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hg.) 2008: *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen/Farmington Hills.
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hg.) 2008: *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden.

- Butterwegge, Christoph 2011: Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, 2. Aufl., Frankfurt a. M./New York.
- Flemming, Lars 2005: Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden.
- Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hg.) 2007: Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergrund – Methoden – Praxis der Prävention, Schwalbach i. T.
- Häusler, Alexander (Hg.) 2008: Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden.
- Köditz, Kerstin 2009: Und morgen? – Extreme Rechte in Sachsen, Berlin.
- Maegerle, Anton 2006: Rechte und Rechtsextreme im Protest gegen Hartz IV, hg. v. Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben“ Niedersachsen Ost, Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt, Braunschweig.
- Staud, Toralf 2005: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln.
- Steglich, Henrik 2005: Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen.
- Stöss, Richard 2005: Rechtsextremismus im Wandel, hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Virchow, Fabian 2006: Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in Deutschland, in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg, S. 68–101.
- Vogel, Steffen 2009: Europas Rechte macht mobil, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8, S. 19–22.
- Voigt, Udo 1999: Mit der NAPO auf dem Weg in das neue Jahrtausend, in: Apfel, Holger (Hg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart, S. 469–475.